



Marianne Birthler

15 Jahre deutsche Einheit –

15 Jahre Erinnerung an die SED-Diktatur

© Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung, Ladenburg 2005

Gedruckt auf säurefreiem Papier.

ISSN 0938-0159

BERTHA BENZ-VORLESUNG

22

Marianne Birthler

15 Jahre deutsche Einheit –
15 Jahre Erinnerung
an die SED-Diktatur

Die folgenden Texte sind die zur Veröffentlichung
überarbeiteten Beiträge zur
Bertha Benz-Vorlesung, gehalten am 7. Juli 2005
in der Lobdengauhalle in Ladenburg

Zur Person

Marianne Birthler (geb. 1948) studierte Außenhandelswirtschaft und absolvierte eine Ausbildung zur Katechetin und Gemeindegliederin der evangelischen Kirche. Nach 1982 war sie in der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit in Berlin aktiv und engagierte sich ab 1986 in verschiedenen Oppositionsgruppen. Im März 1990 wurde sie für das Bündnis 90/Die Grünen Mitglied der Volkskammer und anschließend Abgeordnete des Bundestages. In der Zeit wurde sie in Brandenburg Ministerin für Bildung, Jugend und Sport. Im Oktober 1992 trat sie in Reaktion auf die Stasi-Kontakte des Ministerpräsidenten zurück. Zwischen 1993 und 1999 hatte sie im Bündnis 90/Die Grünen verschiedene Funktionen inne – unter anderem als Bundesvorstandssprecherin. Nach ihrer Wahl durch den Bundestag ist Marianne Birthler seit dem 11. Oktober 2000 Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Anschrift

Marianne Birthler
Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Otto-Braun-Str. 70/72
10178 Berlin

Bericht

Prof. Dr. Gisbert Frhr. zu Putlitz
Geschäftsführender Vorsitzender des Vorstands
der Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren,
im Namen des Vorstands der Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung, meiner Kollegen Herrn Dr. Diethard Schade und Herrn Professor Rainer Dietrich, begrüße ich Sie herzlich zu dieser Bertha Benz-Vorlesung – es ist bereits die 22. in dieser Reihe. Besonders freue ich mich, dass Sie, verehrte Frau BIRTHLER, bereit gewesen sind, als Vortragende zu dieser Vorlesung zu kommen. Sie haben ein schwieriges und hohes Amt als Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Ich habe von Ihnen gelernt, dass die Akten und deren Inhalt weit in unsere Gesellschaft ragen, auch in die westdeutsche. Der Inhalt dieser 180 Kilometer Akten muss bewahrt werden; denn er ist Teil unserer Geschichte. Ich möchte Sie zitieren: „Erinnern ist ein wichtiges Stück Lebenskultur für Individuen ebenso wie für die Gesellschaft, der sie angehören.“ Wir danken Ihnen sehr, dass Sie gekommen sind und freuen uns auf Ihren Vortrag.

Frau BIRTHLER wird heute eingeführt von Herrn Professor Peter Steinbach, der den Lehrstuhl für neuere und neueste Geschichte an der Universität Karlsruhe innehat. Herr Steinbach, auch Ihnen danke ich sehr herzlich, dass Sie diese Aufgabe übernommen haben.

Herr Bürgermeister Ziegler, in Ihrem Grußwort haben Sie auf die Schönheiten der Stadt Ladenburg und insbesondere auf das Grünprojekt hingewiesen. Dieses erfolgreiche Projekt hat die Stadt wieder mit dem Fluss verbunden. Bisher gab es eine künstliche Barriere, und nun hat man das Gefühl, dass der Neckar der Stadt wieder nahe gerückt ist. Auch wir haben mit unserer Dekoration versucht, den Anschluss an das Grünprojekt zu finden. Was Herr Lutz Eitner vom Botanischen Garten

für uns hier gezaubert hat, ist die Fortsetzung der Idee Ihres Grünprojekts. In diesem Zusammenhang möchte ich Herrn Dr. Lothar Ulsamer von der DaimlerChrysler AG besonders begrüßen. Ihm haben wir es zu verdanken, dass das Unternehmen bei der Restaurierung der ersten Steingarage der Welt geholfen hat, die Karl Benz im Park seines Hauses hatte errichten lassen. Sie erstrahlt heute wieder in neuem Glanz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete des Bundestags, des Landtags, des Kreisrats und der Gemeinden – ich freue mich, dass Sie auch dieses Jahr gekommen sind und mit uns diese Vorlesung erleben. Magnifizenz Arndt, unser Partner und Rektor der Universität Mannheim und seine Frau – seien Sie herzlich willkommen. Im Übrigen begrüße ich Frau Professor Annemarie Pucci, unsere erste Honorary Fellow, die sich um unsere internationalen Projekte besonders verdient gemacht hat. Und *last not least*, diese Vorlesung hätte nicht ihre besondere Atmosphäre, wenn nicht jedes Jahr Mitglieder der Familien Benz und Daimler hier zu uns kämen. Sie lassen damit die Verbindung zwischen der Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung und den Familien der Unternehmensgründer und Erfinder des Automobils immer wieder sichtbar werden. Herzlichen Dank, dass Sie da sind.

Jetzt berichte ich Ihnen kurz über die Arbeit der Stiftung im vergangenen Jahr. Als erstes möchte ich einige Personalien erwähnen. Herr Dr. Manfred Gentz hat das Kuratorium verlassen, weil er aus der DaimlerChrysler AG ausgeschieden ist. Der damalige Vorstandsvorsitzende der Daimler-Benz AG, Herr Professor Werner Breitschwerdt, und Herr Dr. Gentz hatten seinerzeit die Idee, eine wissenschaftsfördernde Stiftung aus Anlass des 100jährigen Jubiläums des Automobils zu gründen. Wir sind sehr dankbar, wie viel Herr Dr. Gentz über all die Jahre für die Stiftung getan hat, begleitet von Herrn Dr. Ulsamer. In das Kuratorium ist Herr Günther Fleig nachgerückt, der im Vorstand der DaimlerChrysler AG für Personal zuständig ist.

Weiterhin möchte ich berichten, dass wir Herrn Professor Rainer Dietrich als drittes Vorstandsmitglied gewonnen haben. Diese Erweiterung ist für Herrn Schade und für mich ein großer Gewinn, weil Herr Dietrich über die vielen Jahre der Zusammenarbeit mit der Stiftung besonders viel geleistet hat. Er hat das Kolleg zur Gruppen-Interaktion an

hoch riskanten Arbeitsplätzen geleitet und wird sich an dem im Herbst beginnenden Kolleg zur „Inneren Uhr im Arbeitsalltag“ maßgeblich beteiligen. Herr Dietrich ist Psycholinguist, hat das Institut für Deutsch als Fremdsprache der Universität Heidelberg geleitet und ist dann an die Humboldt-Universität in Berlin berufen worden. Mit Herrn Dietrich als Geisteswissenschaftler wird der Vorstand auch unter fachlichen Gesichtspunkten erweitert.

Bereits im letzten Jahr habe ich über das Kolleg „Leben in einer smarten Umgebung – Auswirkungen des Ubiquitous Computing“ berichtet. Dieses Kolleg hat im März unter der Leitung von Herrn Professor Friedemann Mattern auf einer Abschlusstagung „Die Informatisierung des Alltags“ seine Forschungsergebnisse präsentiert. Das Symposium war eingebettet in die 150-Jahrfeier der ETH Zürich. Ubiquitous Computing – auf Deutsch in etwa „allgegenwärtige Computer“ – bezeichnet eine Entwicklung, in der immer kleinere Rechner das Alltagsleben zunehmend durchdringen. Die Chips können zahlreiche Funktionen beispielsweise in Industrie, Logistik und Gesundheitswesen übernehmen. In dem Kolleg haben Forschungsprojekte untersucht, wie man mit dieser Technik zur Orientierung von Blinden beitragen oder wie man solche kleinen Computer im Verkehr oder im Krankenhaus einsetzen kann. Die Konferenz in Zürich hat gezeigt, dass die Probleme nicht in der technischen Implementierung liegen, sondern darin, dass die informationelle Selbstbestimmung nicht verletzt wird. Denn diese Mikrochips legen unter anderem ständig Protokolle darüber an, was die Benutzer mit den Gegenständen tun, in die diese Chips eingebaut sind. Diese Protokolle geben in bisher unbekanntem Ausmaß Auskunft über die Benutzer. Professor Alexander Roßnagel hat in dem Kolleg ein Projekt verfolgt, das Datenschutzpräferenzen unter den Bedingungen der neuen Technik definiert hat. Das wird in der Zukunft auch für den Gesetzgeber sehr schwierig werden, weil man hohen technischen Sachverstand mit politischer Willensbildung und juristischem Sachverstand zusammenbringen muss.

Ein weiteres Kolleg wird ebenfalls in diesem Jahr seine Arbeiten abschließen. Das Kolleg „Mitten am Rand – Zwischenstadt“ hat in dreijähriger Arbeit Gemeinden im Umland von Frankfurt empirisch unter-

sucht und Vorschläge für die zukünftige Gestaltung dieses neuen Typs urbanen Lebens entwickelt. Grundlage des Kollegs ist die These, dass sich in den letzten fünf Jahrzehnten die früheren Vororte der großen Städte zu eigenständigen Gemeinden entwickelt haben, die allerdings keine Städte oder Dörfer im klassischen Sinne sind. Sie alle kennen die Bilder von den Industrie- und Technologielandschaften, Einkaufszentren und Neubausiedlungen, Sportanlagen und Landwirtschaft, die sich teilweise wie Flickenteppiche um die großen Städte gelegt haben. Auch Gemeinden wie Ladenburg wurden von dieser Entwicklung berührt und haben sich von Grund auf verändert. Der Leiter des Kollegs, der Architekt Professor Thomas Sieverts, hat hierfür den Begriff der "Zwischenstadt" geprägt. Bei all dem ist die Zwischenstadt ein Erfolgsmodell: Ein beträchtlicher Teil der deutschen Bevölkerung lebt und arbeitet hier, es entstehen neue Arbeitsplätze und neue Betriebe. In diesem ungeplanten Wildwuchs stößt die Zwischenstadt mittlerweile an ihre Grenzen: Auch hier wird der Raum knapp. Die anonymen Neubausiedlungen entsprechen nicht mehr den heutigen Vorstellungen von einem adäquaten Lebensstil.

Die große Bedeutung der Arbeiten des Kollegs wird nicht zuletzt daran sichtbar, dass eine Echogruppe von Kommunalpolitikern und Raum- und Landschaftsplanern das Programm begleitet. Nachdem das Kolleg im letzten Jahr auf einem Berliner Kolloquium der Stiftung die internationale Bedeutung der verstädterten Regionen beleuchtet hat, wird es im kommenden November seine Ergebnisse einem Expertenpublikum in Frankfurt vorstellen.

Als neues Kolleg bereitet die Stiftung ein chronobiologisches Forschungsprojekt vor, das sich mit der „inneren Uhr“ beschäftigt. Alle Lebewesen unterliegen der Kontrolle eines körpereigenen Tagesrhythmus, der genetisch festgelegt ist. Wie bei anderen genetisch bedingten Eigenschaften auch (z.B. Haarfarbe oder Körpergröße) führt die Ausprägung der inneren Uhr zu individuellen Unterschieden, den so genannten Chronotypen. Jeder kennt sie: die Frühaufsteher (Lerchen) und die „Nachteulen“. Die einen eilen dem Tag voraus, die anderen laufen ihm hinterher. Beide wiederholen aber ihren individuellen Tagesrhythmus alle 24 Stunden.

Die industrielle Revolution hat eine Lebensweise hervorgebracht, die uns vom natürlichen Tag-und-Nacht-Rhythmus zunehmend abkoppelt und – so scheint es – unabhängig macht. Wir dehnen den Tag mit Hilfe künstlichen Lichts aus und machen bei der Schichtarbeit die Nacht zum Tag. Bei Flugreisen über Zeitzonen hinweg verschiebt sich für uns der Wechsel von Tag und Nacht. Die meiste Zeit verbringen wir in künstlich beleuchteten Innenräumen, abgeschirmt vom Licht der Sonne. Das Sonnenlicht ist aber der wichtigste Zeitgeber für unsere innere Uhr. Die Folgen dieses Lebens zwischen den Uhren können – da alle psychologischen, hormonellen und physiologische Rhythmen mit der inneren Uhr des Menschen synchronisiert sind – Schlafstörungen, Energielosigkeit, Verstimmungen oder sogar schwere Depressionen sein. In Extremfällen (z.B. bei Dauernachtschichtarbeit über viele Jahre hinweg) kann ein Leben „gegen“ die innere Uhr auch zu Krankheiten führen.

Seit Dezember 2004 haben sich Wissenschaftler und Vertreter der Industrie zu vorbereitenden Diskursen getroffen. Das Berliner Kolloquium am 11. Mai 2005 stellte die Auftaktveranstaltung für das neue Kolleg dar. Noch in diesem Jahr wird ein Ladenburger Kolleg „Die innere Uhr im Arbeitsalltag“ unter Leitung von Professor Till Roenneberg von der Universität München die Arbeit aufnehmen. Geplant ist ein aus sieben Einzelprojekten bestehendes Kolleg mit dem Ziel, Arbeitszeitsysteme besser auf die innere Uhr des Menschen abzustimmen. Insbesondere Schichtarbeiter stehen unter einer höheren gesundheitlichen Belastung als andere Menschen. Die Minimierung der Risiken und Schäden von Schichtarbeit, aber auch die bessere und vor allem gesündere Gestaltung der Tagesstruktur der Menschen der Industriegesellschaft ist das Leitthema des Kollegs. Sowohl im Laboratorium als auch bei Feldstudien in Unternehmen werden Chronobiologen, Mediziner, Psychologen und Sprachwissenschaftler die innere Uhr im Alltag unter besonderer Berücksichtigung der Schichtarbeit untersuchen. Das Kolleg wird eng mit dem EU-Forschungsprogramm EU-CLOCK zusammenarbeiten, das allerdings eher naturwissenschaftlich orientiert ist.

Zum Abschluss meines Berichts noch einige Anmerkungen zu unseren internationalen Programmen. Das Stipendienprogramm wurde für ein Jahr stark reduziert und nur für ausländische Stipendiaten aus Ländern offen gehalten, die es besonders schwer haben, für die Promotion hierher zu kommen. Grund dafür ist, dass das Einkommen der Stiftung unter dem Niedergang des Kapitalmarkts und der Renditen spürbar gelitten hat. Ab Oktober 2005 vergibt die Stiftung wieder etwas mehr Stipendien. Hierüber wird im nächsten Jahr hoffentlich positiver zu berichten sein. Die Stiftung hält weiterhin intensiven Kontakt zu den derzeit 34 Stipendiaten und den ehemaligen über 600 Stipendiaten - den Fellows - von denen einige hier anwesend sind.

Die internationalen Kooperationen mit mehreren Ländern Südostasiens haben sich positiv entwickelt. Die deutsch-vietnamesischen Seminare haben sich zu einem in beiden Ländern anerkannten Forum natur- und technikwissenschaftlicher Kontakte entwickelt – nicht zuletzt dank des Engagements von Frau Professor Pucci. Darüber hinaus haben die Partnerinstitute in Vietnam ein regionales Netzwerk aufgebaut, in das Kollegen aus Kambodscha und Laos langsam einbezogen werden. Dies gilt besonders für unser zweites Standbein in Vietnam: Professor Bock aus Heidelberg betreibt gemeinsam mit vietnamesischen und kambodschanischen Kollegen Seminare und Projekte zum wissenschaftlichen Hochleistungsrechnen. Die Forschungsprojekte ziehen nun auch klassische Förderorganisationen wie die DFG und die Volkswagenstiftung in ihren Bann.

Seit 2003 hat die Stiftung eine Seminarreihe mit Nordkorea eingerichtet. Nach dem viel versprechenden Start in Pjöngjang richtete Professor Warnatz im vergangenen Jahr ein Seminar mit 15 nordkoreanischen Teilnehmern in Heidelberg aus. Wie wir gehofft hatten, waren an der nordkoreanischen Delegation auch junge Wissenschaftler beteiligt, die bei diesem Besuch deutsche Wissenschaftseinrichtungen kennen lernen konnten. Nach und nach übernehmen wir auch mehr nordkoreanische Doktoranden in das Stipendienprogramm. Das nächste Seminar wird im kommenden Herbst wieder in Pjöngjang stattfinden. Professor Albrecht Winnacker aus Erlangen koordiniert die deutsche Delegation.

Das dritte Land als Kooperationspartner in der Region ist Myanmar, das frühere Burma. Vor etwa 14 Tagen fand in der Universität Rangun das 2. Seminar zum Thema „Nachhaltigkeit in Mega-Städten“ statt. Dieses Thema ist in Asien sehr interessant, zumal Yangon (Rangun) eine große Stadt dieses Typs ist. Die Stiftung ist noch nicht ganz überzeugt, ob diese Thematik das Seminar weiter trägt oder ob wir ein anderes Thema aufgreifen müssen. Immerhin gibt es jetzt feste Beziehungen zu den Verantwortlichen in den Ministerien und Universitäten.

Die internationalen Programme entwickeln sich weiter und eröffnen auch den beteiligten deutschen Wissenschaftlern völlig neue Gebiete. Die Konzentration auf die Region Südost-Asien erlaubt es uns, die Mittel der Stiftung in solchen Ländern einzusetzen, die – wie Nord-Korea oder Myanmar – die ersten zaghaften Schritte für eine Öffnung wagen oder – wie Vietnam – als Motor der Öffnung ihrer Nachbarländer wirken.

Jetzt möchte ich zum Vortrag von Frau Birthler überleiten und zu Herrn Professor Steinbach von der Universität Karlsruhe, der uns die Referentin vorzustellen wird.

Herr Steinbach selbst befasst sich vor allem mit der nationalsozialistischen Diktatur, deren Verbrechen und Völkermorde den Boden bereitet haben, auf dem sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Osten Deutschlands eine zweite Diktatur ausbreiten konnte, mit deren Erbe sich nun Frau Birthler auseinandersetzen muss. Herr Steinbach ist seit 1983 Wissenschaftlicher Leiter der ständigen Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ in Berlin und außerdem seit 1989 Wissenschaftlicher Leiter der Berliner Gedenkstätte „Deutscher Widerstand“.

Herr Steinbach, ich darf Sie jetzt herzlich bitten, uns Frau Birthler vorzustellen.

Herzlichen Dank!

Einführung

Peter Steinbach
Professor für Neuere und Neueste Geschichte
an der Universität Karlsruhe

Sehr verehrte Frau Birthler,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

es spricht für die Weisheit eines Auswahlgremiums, einen Außenstehenden zu bitten, die eigene Entscheidung zu begründen. Zugleich möchte ich betonen, wie sehr ich mich über die Einladung, Frau Birthler einzuführen, gefreut habe. Ich weiß, dass die Einladung, eine Bertha Benz-Vorlesung – und sie heißt wirklich Bertha Benz und nicht Bertha Chrysler – zu halten, eine Auszeichnung darstellt. Die Einladung, die Geehrte vorzustellen, ist deshalb zugleich für den Laudator eine Gelegenheit, sich zu positionieren. In meinem Fall bedeutet das: mich zu Ihnen, zu Ihrer Haltung und zu Ihrer Tätigkeit zu bekennen.

In den vergangenen Jahren hat jeder der Einführenden in seiner Rede, die ich mir bei der Vorbereitung auf diesen Augenblick angeschaut habe, seine Einführung in eine Laudatio verwandelt. Folglich habe ich mir überlegt, was ich sage und wie ich es mache, Sie vorzustellen. Die Alternativen sind eigentlich klar. Ich könnte erzählen, wann Sie geboren sind, das wäre uncharmant, obwohl, ich will Ihnen verraten: Wir beide sind gleich alt. Der Unterschied zwischen Ihrer Geburt und meiner Geburt liegt nur darin, dass sich meine Eltern freuten, weil sie im Sommer 1948 nach der Währungsreform Kopfgeld für mich bekamen, 40 Deutsche Mark West; das haben Ihre Eltern nicht bekommen.

Ich könnte etwas über Ihren Ausbildungsgang berichten und dabei insofern auch sehr prinzipiell beginnen, indem ich betonte: Viele Ihrer Vorrednerinnen haben Bücher geschrieben. Das haben Sie nicht. Aber Sie haben drei Kinder, und was ist ein Buch gegen ein Kind?

Auf der anderen Seite haben alle meine Vorgänger ihren eigenen und ganz persönlichen Blick auf das Werk der zu Ehrenden mit einem eigenen Anliegen verknüpft. Für mich als Historiker des Widerstands gegen den Nationalsozialismus ist die Auseinandersetzung mit den diktatorischen Systemen im 20. Jahrhundert sehr wichtig, zumal sie nach 1989 durch eine vergleichende Perspektive an Bedeutung gewinnt. Denn nun haben die Deutschen zwei unterschiedliche Erfahrungen mit diktatorischen Systemen zu verarbeiten. Es gibt sonst nur wenige Gesellschaften, eigentlich keine, die zwei Mal mit sich höchst unterschiedlich legitimierenden, anti-zivilgesellschaftlichen Bewegungen zusammengestoßen sind, die der Deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1989 Kontur geben.

Wenn man diesen Gedanken aufnimmt, landet man sehr schnell bei der Frage: Was hat eigentlich das 20. Jahrhundert geprägt? Es wäre schön, wenn es die Demokratie gewesen wäre. Aber das 20. Jahrhundert ist durch diktatorische Systeme geprägt und herausgefordert worden, gegen die sich Demokratien behaupten mussten und gegen die sie sich letztlich durchsetzen konnten, aber um den Preis welcher Koalitionen, Kompromisse und Verwirklichungen! Dass sich der freiheitliche Verfassungsstaat durchsetzen konnte, war das Werk von Menschen wie jenen, die Frau Birthler verkörpert, von Menschen wie Kopolew, Sacharow, Havemann, Havel, Walensa, Michnik, Geremek, den europäischen Oppositionellen, die sich an Menschenrechten orientierten und viele Jahrzehnte ihres Lebens der Auseinandersetzung mit einem diktatorischen System widmeten.

Das sagt sich nun aus der westlichen Perspektive so leicht. Wir vergleichen gerne diktatorische Systeme, wir können uns unendlich in den Talkshows der Historiker darüber unterhalten, welches System schwerer, schlechter, verbrecherischer war. Darum geht es mir nicht. Ich will keinen Zweifel daran lassen, dass für mich natürlich der Völkermord an den Juden ein singuläres Verbrechen ist. Ich glaube aber, dass es nicht nur um diese Bewertung, sondern in der vergleichenden Perspektive um eine kritische Bestimmung der Funktion diktatorischer Systeme geht.

Da wiegen natürlich 40 Jahre sehr schwer; denn moderne diktatorische Systeme zeichnen sich durch den Willen aus, alte Gesellschaften zu zerstören, Milieus zu zerstören, einen neuen Menschen zu proklamieren und diesen im Grunde auf den Strukturen dieser zerstörten Gesellschaften zu etablieren. Und vierzig Jahre sind eine ungemein lange Zeit.

Vor diesem Hintergrund hat mich Ihr Leben in vielerlei Hinsicht beeindruckt. Nach ihrer Berufsausbildung und nach Ihrer Tätigkeit in einem außenwirtschaftlichen Bereich haben sie beschlossen, den Beruf einer Katechetin zu wählen. Solch ein Berufswechsel ist aus westlicher Perspektive höchst ungewöhnlich. Ich vermute, Sie hat schon damals der Versuch bewegt, sich eigene Koordinaten und Bewertungsmaßstäbe zu erarbeiten, sie sich nicht von Staat und Partei vorsetzen zu lassen. Sie wollten eigene Kriterien entwickeln, an denen Sie die Wirklichkeit messen konnten.

In der Tat fallen uns Normen nicht in den Schoß. Normen muss man sich erarbeiten, und wer sich Normen erarbeitet, der setzt sich nicht selten in Gegensatz zu denen, die Werte beschwören und sie letztlich nur liefern wollen. Er setzt sich in Widerspruch und bringt ein Opfer. Irgendwann ist der Punkt erreicht, an dem es keine Korrekturmöglichkeit mehr gibt, weil aus den eigenen Wertentscheidungen der Gegensatz zu den Mächtigen folgt. Leben im Gegensatz als Voraussetzung zum Leben in der Wahrheit – ich denke, diese Erfahrung ist ein kostbares Gut und ein wichtiges politisches Erbe der ostdeutschen Oppositionsbewegung. Der Weg von dieser Entscheidung, sich um eigene Wertgrundlagen zu bemühen, in das politische Engagement mündet in der Endphase der DDR in eine Entwicklung, deren Ziel man erst später erkennt. Heute wissen wir, dass es sich 1988 und 1989 um die Endphase der DDR gehandelt hat, aber damals gab es keine Sicherheit, nur ein Vertrauen, nur eine Konsequenz, die auf Handeln ohne Sicherheit bei Weg und Ziel bauen musste.

Sie standen in der Vorbereitung dieser Auflösungs- und Endphase der DDR in der vorderen Reihe, sie überwandern nicht nur Zweifel, sondern auch Furcht und Angst. Wir im Westen waren Zuschauer, die nur dann begriffen, was geschah, wenn es mentale oder lebensgeschicht-

liche Verbindungen gab – oder eine freiheitliche Konsequenz, die sich in der Freude über den Zusammenbruch eines scheinbar betonfesten Systems Bahn brach. Ja, ein gewisser Schuss Anarchismus gehörte dazu, denn es ging gegen einen „vormundschaftlichen Staat“. Heute ist das fast vergessen. Ich bin sicher, auch dieses Vergessen verlangt einmal einen Preis. Deshalb lohnt es sich für uns, Ihre biographische Entwicklung wie die mancher Ihrer Mitstreiter und Kampfgefährtinnen aus der Endphase der DDR zur Kenntnis zu nehmen.

Sie wurden Katechetin, Sie wurden Gemeindeführerin in der Berliner Elias-Gemeinde. Sie wurden dann Jugendreferentin im Stadtjugendpfarramt Berlin. Dann kam 1986 der mutigste Schritt, nämlich das Engagement in einer oppositionellen Gruppe, die sich „Initiative Frieden und Menschenrechte“ nannte und die das Menschenrechts-Versprechen, das mit dem „Dritten Korb“ der Akte von Helsinki gemacht worden und bei den nachfolgenden KSZE-Konferenzen überprüft wurde, ernst nahm. Nun hatten wir in Europa endlich den Maßstab, an dem Herrschende gemessen werden konnten. In Polen und in der Tschechoslowakei hatten es Oppositionelle vorgemacht – Charta 77, Solidarnosc als fundamentale Freiheitsbewegungen entwickelten etwas, was auch die Realität der DDR veränderte.

Im Westen schaute man zu, machte sich Gedanken um die Stabilität Europas. In Ostmitteleuropa handelte man, entwickelte das Konzept der „Antipolitik“, drängte vorwärts. Dabei wusste man 1986 nicht, was 1989 passieren würde, ahnte nicht, wie die Machthaber reagieren würde, hatte keine Vorstellung davon, was sich in der Sowjetunion ereignete.

Insofern müssen Sie, sehr verehrte Frau Birthler, wie viele andere – aber viel existenzieller – nach den Schreckensaugenblicken des 7., 8. und 9. Oktober überrascht gewesen sein. Denn es war ja nicht ausgemacht, dass der sich andeutende Übergang keine blutige Revolution werden würde. Es ist damals auch Blut geflossen. Später sprachen wir von friedlicher, von unblutiger, von samtener Revolution, von Implosion, aber erst als alles hinter uns lag, waren wir klüger und vergaßen dennoch, dass wir alles gelassener interpretieren konnten, nur weil es sich inzwi-

schen ereignet hatte. Sie standen am Beginn dieser Veränderungen in der vorderen Linie und verhinderten, dass die Herrschenden alle Spuren verwischten.

Sie sind dann mitten hinein gekommen in den dramatischen Transformationsprozess, der in wenigen Monaten zur Deutschen Einheit führte. Wir wissen, dass damit das Geschäft der Geschichte nicht erfüllt war. Denn mit der Vereinigung begann die eigentliche Arbeit. Sie waren Mitglied der Volkskammer, Sie waren Sprecherin des Bündnis 90/Grünen, Sie übernahmen ein Ministeramt in Brandenburg. Damals wurden wir Landleute, denn ich nahm 1992 einen Ruf an die FU Berlin an. Meine Familie lebte in Kleinmachnow bei Potsdam. Sie waren unsere Ministerin, und Sie traten zurück, weil sie den damaligen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe nicht aus seiner Verantwortung für sein Verhalten vor 1989 entlassen wollten. Damals hatten Sie – ich glaube, es war 1992 – meinen persönlichen Respekt, mehr noch: den Respekt meiner ganzen Familie. Wie standen damals an Ihrer Seite. Ihr Ministerrücktritt war ungewöhnlich. Sie traten zurück aus Protest gegen den damaligen Ministerpräsidenten, der, ich vergesse es nie, Brandenburg als „kleine DDR“ bezeichnete und damit Sympathien schaffen wollte.

Als ich mich bei der Vorbereitung meiner Einführungsrede auf Ihr Leben einließ, wurde mir klar, dass Sie durch die Entscheidung in den 80er Jahren gewissermaßen in einen Kreis getreten sind, aus dem Sie nicht mehr heraus kommen konnten und wollten. Sie blieben oppositionell, und sie blieben distanziert von der Gegenwart. Dies prädestinierte Sie zu dem neuen Amt, in dem Sie wiederum Kurs hielten, sei es in der Frage nach dem Aktenzugang des ehemaligen Bundeskanzlers, sei es bei der Verteidigung der Unabhängigkeit Ihrer Behörde. Im Westen fragt man oft: Was kommt dabei für mich raus? Diese Frage – sie passt nicht zu Ihrem Lebensweg.

Dass Sie so konsequent zu handeln wussten, und zwar in jede Richtung, zeigte jeder andere große Konflikt, der auf Sie zukam, nachdem Sie begonnen hatten, aus der Gauck-Behörde eine Birthler-Behörde zu machen – ich darf das so sagen, denn eigentlich ist es ungewöhnlich, dass wir Behörden nach Persönlichkeiten benennen.

Aber ich denke, diese Behörde verdient es, denn sie lebte immer ganz entscheidend von dem politisch-moralischen Impuls, den ihre Verantwortlichen verkörperten. Das wurde mir klar in der Auseinandersetzung um den Zugang zu unseren Akten. Sie waren kompromisslos bei der Verteidigung und der Sicherung dieser Akten. Ich kann mir vorstellen, es gibt einfachere Situationen, als diejenigen, die Sie als Behördenchef zu bestehen hatten. Man hätte sich vieles auch einfacher machen können. Hätte können ... Ihre Sache war das nicht. Sie haben auch diese Auseinandersetzung mit Bravour hinter sich gebracht, zumindest so, dass Sie in den Spiegel schauen können, denn Sie sind konsequent geblieben, und das, was unbefriedigend blieb, das verantworten andere, nicht Sie. Ich denke, das ist das Mindeste, was man sagen kann.

Meine Damen und Herren, der zuletzt genannte honorige Akt, den ich erwähnen möchte, schließt unmittelbar an, denn wir haben es in den Zeitungen gelesen: Sie, liebe Frau BIRTHLER, wollen nicht um jeden Preis die Verlängerung Ihrer Tätigkeit erreichen. In Zeiten des Regierungswechsels ist das Spiel beliebt, sich durch Vertragsverlängerungen oder Beförderungen der „Abendsonne“ auszusetzen, also ganz schnell eine Ernennung, eine Verlängerung, eine Beförderung zu erreichen.

Frau BIRTHLER hat sich dieser Übung ganz bewusst verweigert. Sie will, wenn ihre Amtszeit in wenigen Wochen endet, nicht im schnellen Handstreich noch einmal verlängert werden, sondern sie möchte getragen werden von der Mehrheit, von dem Willen des gesamten Bundestags. Deshalb hat sie empfohlen, eine Entscheidung über die Neubesetzung zurückzustellen, also zu warten, bis die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag geklärt sind.

Frau BIRTHLER, ich liebe Ihre Aufmüpfigkeit.

Das wird für einen Widerstandshistoriker nicht ungewöhnlich sein, aber es hängt schon mit der Grundthematik zusammen, die ich angedeutet hatte. Es war nicht nur das Jahrhundert der Diktaturen, das hinter uns liegt, sondern das 20. Jahrhundert war auch das Jahrhundert der Widerständigen. Widerständige haben versucht, andere Richtungen einzuschlagen, andere Entwicklungen durchzusetzen, ihre häufig angepassten Mitmenschen mitzunehmen. Das Schöne am Untergang der

DDR ist, dass wir Oppositionelle in unserem aus der Vereinigung hervorgehenden politischen System haben, die mitwirken und mithandeln können.

Das unterscheidet die zweite Diktatur von der ersten, denn die meisten Regimegegner, die wir eigentlich nach 1945 dringend gebraucht hätten, wurden von den NS-Machthabern in den Tod getrieben. Gewürdigt wurden sie erst viel später. Dann haben sie in gewisser Weise sogar „Karriere“ in der kollektiven Erinnerung gemacht: auf Straßenschildern, an Platzbezeichnungen, an Schulen und auf Briefmarken.

Da freue ich mich doch, dass wir Sie, eine der deutschen Oppositionellen, heute Abend leibhaftig erleben können.

15 Jahre deutsche Einheit – 15 Jahre Erinnerung an die SED-Diktatur

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

haben Sie zunächst herzlichen Dank für die Einladung nach Ladenburg, für die Gelegenheit, heute zu Ihnen zu sprechen, und für die überaus freundliche Begrüßung. Mein Dank gilt auch Professor Steinbach für die Vorstellung, die mich in ihrer liebenswürdigen Einseitigkeit allerdings etwas verlegen gemacht hat.

Fünfzehn Jahre: Das ist natürlich kein so glanzvolles Jubiläum wie die silberne 25 und die goldene 50. Doch die Ereignisse, die Ende der 80er Jahre nicht nur Deutschland, sondern auch Europa veränderten, waren so bedeutsam, dass es lohnt, auch an einem eher unrunder Jahrestag zurückzudenken. Zumal es sich ja keineswegs um einen Jahrestag handelt, sondern um eine Reihe von Daten, die es im Gedächtnis zu behalten lohnt.

Zum Beispiel vor genau 15 Jahren, Anfang Juli 1990, da waren die letzten hundert Tage der DDR angebrochen. Die Menschen in der DDR zählten ihr Geld und tauschten es in Westmark um: bis zu 6000 Mark pro Person eins zu eins, höhere Beträge eins zu zwei. Die Währungsunion vom 1. Juli 1990 war für viele der ersehnte und für alle spürbare Vorgeschmack auf die Deutsche Einheit. Hinter diesem Ereignis stand in der öffentlichen Wahrnehmung ein anderes Ereignis zurück, ein Ereignis vom selben Tag, das in seiner symbolischen Bedeutung dem anderen mindestens ebenbürtig war: Die Grenzposten zwischen Ost und West wurden in dieser Nacht zum 1. Juli endgültig aufgegeben. Erst jetzt war die Mauer wirklich weg. Ich werde den Kontrast dieser

Nacht nicht vergessen: Zwischen dem überfüllten Alexanderplatz in Berlin, auf dem die Menschen übermütig das „richtige Geld“ feierten, das ihnen Teilhabe an den Segnungen des Westens verhieß und dem absolut menschenleeren Streifen Land wenige Kilometer von dort an der Bernauer Straße in Berlin, der sich von einem Todesstreifen in eine Brache verwandelt hatte und in der heute mit einer Mauergedenkstätte und einer Kapelle an die Zeit der Teilung erinnert wird. Ich war in dieser Nacht auf diesem Streifen, und wir konnten nicht anders, wir haben auf diesem Streifen, der einmal Todesstreifen war, getanzt.

Wir alle erinnern uns an dieses Jahr, das nicht nur mir persönlich als das bisher wichtigste in meinem Leben erscheint: das Jahr vom Herbst 1989 bis zum Herbst 1990. Doch wir erinnern uns wahrscheinlich verschieden. Schon die Frage, welches die herausragenden Daten waren, mögen von manchen unter Ihnen anders beantwortet werden als von mir und meinen Weggefährten aus der DDR.

Natürlich fällt uns allen zuerst der 9. November 1989 ein, der Tag des Mauerfalls, dessen Bilder um die Welt gingen und der zu den wenigen Daten der Geschichte gehört, zu dem fast allen Menschen bis heute noch einfällt, womit sie genau in dem Moment beschäftigt waren, als die Nachricht sie erreichte.

Aber der 9. Oktober 1989? Schon schwieriger. Dabei war dies der Tag, an dem uns in der DDR der entscheidende Stein vom Herzen fiel.

Der 9. Oktober 1989 war ein Montag. In Leipzig seit einiger Zeit der Tag der Friedensgebete und Demonstrationen. Doch dieser Montag war anders als die vorherigen. Die Parteiführung und die Sicherheitskräfte waren so nervös wie nie zuvor. In Berlin war es in den beiden Nächten zuvor, also in den zwei Tagen nach dem 40. Jahrestag der DDR, zu Demonstrationen und zahlreichen Verhaftungen gekommen. Alles deutete daraufhin, dass die Parteiführung noch einmal versuchen würde, das immer dreister werdende Volk mit Gewalt zu disziplinieren. Dass man dabei, wenn es hart auf hart käme, keine Mittel scheuen würde, das hatte Egon Krenz wenige Wochen zuvor angedeutet, als er sich demonstrativ hinter die chinesische Parteiführung stellte, nachdem diese die demonstrierenden Studenten auf dem Platz des himmlischen

Friedens niedermetzeln ließ. Viel später wurden präzise Pläne entdeckt, nach denen Tausende Oppositionelle und Verdächtige der DDR innerhalb weniger Stunden festgenommen und in Internierungslager gebracht werden sollten. SED und das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) waren wirklich auf alles vorbereitet.

In Leipzig spitzte sich an diesem Montag tagsüber die Situation zu: Kindergärten und Schulen wurden geschlossen, bewaffnete Einheiten standen bereit, in den Krankenhäusern standen große Mengen an Blutkonserven bereit. Dennoch versammelten sich viele tausend Menschen in den Kirchen. Dennoch beabsichtigten sie, nach dem Ende der Friedensgebete zu demonstrieren.

Ich selbst hielt mich am Abend des 9. Oktober in der Gethsemane-Kirche in Berlin auf. Wie an den Abenden zuvor hatten sich dort Tausende Menschen versammelt, um ihrem Protest Ausdruck zu verleihen, um Informationen zu erhalten und um sich gegenseitig Mut zu machen. Die Gethsemane-Kirche war von Sicherheitskräften umstellt, wieder war es zu Verhaftungen gekommen, diejenigen, die wieder auf freiem Fuß waren, berichteten von Gewalt und Demütigungen, viele waren noch in Haft. Wir wussten um die Situation in Leipzig und warteten voller Sorge am Abend auf weitere Nachrichten.

Endlich kam sie. Und die Nachricht lautete: Der Ring ist frei! Und das hieß, die Leipziger waren auf der Straße und demonstrieren unbehelligt, es kamen keine Waffen zum Einsatz. Unsere Erleichterung in Berlin war kaum zu beschreiben. Und siehe da: Auch die Belagerung der Gethsemane-Kirche hatte sich aufgelöst. Dafür erwartete uns vor der Kirche ein Meer von Lichtern. Die Menschen aus den umliegenden Häusern hatten Kerzen angezündet, jemand stieg auf den Kirchturm und läutete die Glocken. Es war kaum zu fassen: Die Machthaber waren auf dem Rückzug – wir waren frei.

Freiheit

Ich erzähle dies so ausführlich, um Ihnen den 9. Oktober 1989 ein wenig näher zu bringen – Ihnen diesen Tag quasi ans Herz zu legen. Den Tag, der für viele Menschen aus der DDR später zu dem Tag

wurde, der die demokratische Revolution symbolisierte. Und ich erzähle es, um deutlich zu machen, dass nicht, wie viele meinen, der Mauerfall die Freiheit brachte, sondern es umgekehrt war: Der Fall der Mauer wurde erst möglich, als die Menschen in der DDR die Freiheit erkämpft hatten.

Wir haben die Freiheit erkämpft – dieser Satz ist heutzutage nicht oft zu hören, wenn Menschen über das Jahr 1989 sprechen. Selbstverständlich wissen die meisten Menschen die Reisefreiheit zu schätzen und zu nutzen; auch machen sie von ihrer Meinungsfreiheit Gebrauch. Und natürlich würden sie es missbilligen, wenn es wieder zu Einschränkungen der Versammlungs- oder Pressefreiheit käme.

Doch die Freiheit selbstverständlich in Anspruch zu nehmen oder aber sie als Grundlage eines würdigen Lebens und Zusammenlebens zu lieben und wertzuschätzen – dazwischen besteht noch einmal ein großer Unterschied. Was uns wirklich wertvoll ist, wird gehütet wie ein Schatz, wird geschützt vor Beschädigungen, wird notfalls unter Opfern verteidigt und wird schon gar nicht verkauft.

„Was ist letzten Endes wichtiger, die Freiheit oder möglichst große Gleichheit und soziale Sicherheit?“ so lautete eine Frage des Allensbacher Instituts im Jahre 2003 an die Deutschen. Der Satz: „Im Zweifel geht Freiheit vor Gleichheit“ wurde von 53 Prozent der Westdeutschen bejaht, aber nur von 36 Prozent der Ostdeutschen. Für die Aussage „Im Zweifel geht Gleichheit vor Freiheit“ waren 51 Prozent der Ostdeutschen und 37 Prozent der Westdeutschen.

Die Deutschen und die Freiheit. Heinrich Heine beschrieb das Verhältnis auf eine recht zutreffende Weise: „Der Engländer“, sagte Heine, „liebt die Freiheit wie sein rechtmäßiges Weib. Er besitzt sie, und wenn er sie auch nicht mit absonderlicher Zärtlichkeit behandelt, so weiß er sie doch im Notfall wie ein Mann zu verteidigen. Der Franzose liebt die Freiheit wie seine erwählte Braut. Er wirft sich zu ihren Füßen mit den überspanntesten Beteuerungen. Er schlägt sich für sie auf Tod und Leben. Er begeht für sie tausenderlei Torheiten. Der Deutsche liebt die Freiheit wie seine Großmutter.“

Die Nagelprobe auf die Freiheit macht ein Volk nicht, wenn es ihm so gut geht wie jahrzehntelang den Deutschen im Westen. Wie wertvoll uns die Freiheit ist, erweist sich erst, wenn sie uns abgekauft werden soll: Für mehr Gleichheit, für mehr Sicherheit, für mehr Bequemlichkeit, für mehr Wohlstand.

Fast könnte man es eine Ironie der Geschichte nennen, dass das von Fallersleben erdachte Deutschlandlied, das aus Gründen, die wir alle kennen, seine ersten beiden Strophen verlor, seitdem mit den Worten beginnt „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Ob die Deutschen wohl je von allein auf die Idee gekommen wären, ihrer Nationalhymne das Lob der Freiheit und des Rechts, das ja ein Kind der Freiheit ist, voranzustellen?

Wie schön wäre es doch, wenn es den Eltern und Pädagogen in unserem Land das Wichtigste wäre, ihren Kindern die Liebe zur Freiheit nahe zu bringen und sie ihnen vorzuleben!

Abschied von der DDR

Doch zurück zu der Zeit, die nun schon 15 Jahre zurückliegt: Kaum zu glauben, was alles zwischen dem 9. Oktober 1989 und dem 1. Juli 1990 geschehen war. Noch war ich DDR-Bürgerin, und zum ersten Mal in meinem Leben war ich es gern. Die vierzigjährige zweite deutsche Diktatur war am Ende, die SED war entmachtet, das Ministerium für Staatssicherheit existierte nicht mehr. Das noch wenige Monate zuvor apathische Volk der DDR erlebte eine nicht mehr für möglich gehaltene Blütezeit. Die Selbstermächtigung der Menschen in der DDR, die in dem wunderbaren Ruf „Wir sind das Volk“ ihre Formel fand, führte zu einer Explosion von Energie, Hoffnung und Ideen. So vieles, wovon wir geträumt und wofür wir gekämpft hatten, war Wirklichkeit geworden.

Wir waren frei, nicht nur in dem Sinne, dass uns die Mauer nicht mehr gefangen hielt, sondern auch als Bürgerinnen und Bürger, die in freien und geheimen Wahlen ihr Parlament gewählt hatten – am 18. März 1990, einem weiteren markanten Datum, das sich mit seinem Bezug

zum Jahr 1848 gleich doppelt anbieten würde, zum gefeierten Tag der Freiheit für die Deutschen zu werden.

Die Freude über dieses grandiose Ergebnis der Revolution, die ersten freien Wahlen in der DDR, wurde keineswegs dadurch geschmälert, dass die Hauptaufgabe dieses Parlaments nach dem Willen der Wähler darin bestand, den Weg zur Deutschen Einheit zu ebnen und damit die Volkskammer selbst überflüssig zu machen. Die Einheit, ein Jahr zuvor für die meisten Deutschen noch unvorstellbar, war greifbar nahe gerückt.

Über den Weg dahin gab es freilich sehr verschiedene Meinungen. Ich selber gehörte zu denen, die vor dem Weg in die deutsche Einheit „ihr Haus bestellen“ wollten, will sagen: Das Volk der DDR sollte sich nach unseren Vorstellungen nicht besinnungslos in die Deutsche Einheit stürzen, sondern sich zunächst eine demokratische Verfassung geben, um dann als demokratisches Subjekt in Augenhöhe mit der Bundesrepublik Deutschland über den Weg zur Einheit zu verhandeln.

Wir hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der Wahlabend des 18. März hatte gezeigt, dass die Mehrheit des DDR-Volks anderes im Sinn hatte. Sie wählte die Parteien, die den schnellsten Weg in die Einheit versprachen, auch wenn diese noch unverkennbare Spuren der DDR-Blockparteien trugen. Für die Bürgerbewegungen und die aus ihnen hervorgegangenen Sozialdemokraten der DDR war dies eine tiefe Kränkung.

Die Mehrheit der Wähler orientierte ihr Wahlverhalten zu diesem Zeitpunkt längst an den bundesdeutschen Parteien und vertraute dem unbedingten Ja Helmut Kohls zur Deutschen Einheit verständlicherweise mehr als den eher unfrohen Berechnungen zu den Kosten der deutschen Einheit, die Oskar Lafontaine anstellte. Die aus der DDR-Opposition hervorgegangenen jungen demokratischen Kräfte der DDR trugen das Ihre zu diesem für sie eher traumatischen Wahlergebnis bei:

Wofür sie eintraten, wurde entweder nicht verstanden oder stand dem Wunsch der Mehrheit nach unverzüglicher Herstellung der deutschen Einheit entgegen.

Ich habe noch sehr lebendige Erinnerungen an Wahlveranstaltungen zu dieser Zeit, wo ich versuchte, den vor mir Sitzenden nahe zu bringen, was ich mir unter einem guten Weg in die Einheit vorstellte: eine verfassungsgebende Versammlung wählen, demokratisches Subjekt werden, in aller Ruhe den Weg zur deutschen Einheit vorbereiten. Die Leute guckten mich, es war in einer Kirche – da fanden die Wahlversammlungen statt –, eher nachdenklich an und sagten: „Ja, Frau Birthler, sehr interessant, was Sie alles sagen, aber wissen Sie, wir haben doch gerade erst ein Experiment hinter uns, bitte nicht noch eins!“

Paradoxerweise fiel den meisten der bis zuletzt in der DDR verbliebenen Dissidenten, zu denen ich gehörte, der Abschied von der DDR nicht ganz leicht – auf ganz andere Weise freilich als den ehemaligen Führungseliten und Profiteuren des Systems, die der Deutschen Demokratischen Republik nachtrauerten.

Wir hatten uns jahre-, manche jahrzehntelang an der DDR gerieben. Die tägliche Auseinandersetzung, das ohnmächtige Leiden an den Begrenzungen, Widerspruch und Widerstand sowie unsere dissidentische Kultur waren für uns zu einer Art von Heimat geworden. Wir opponierten, nicht selten mit erheblichem Risiko, gegen den real existierenden Sozialismus und bestanden darauf, im Land zu bleiben, anstatt wie viele unserer Freunde in den Westen zu gehen.

Ausreise

Zu erfahren, dass Freunde, politische Weggefährten, sich entschlossen hatten, in den Westen zu gehen, „einen Antrag zu stellen“, wie wir kurz sagten, war immer wieder eine schmerzliche Angelegenheit. Nie wurde die Begrenztheit unseres Lebens so deutlich. Jemand, dem wir vertrauten, verließ das gemeinsame Leben. Uns machte der Abschied zu schaffen, wir wussten, dass wir wieder etwas schwächer werden würden, vor allem aber wurde uns mit jedem neuen „Antragsteller“ schmerzlich bewusst, dass wir nicht nur Gefangene, sondern freiwillig Gefangene waren. Längst gab es eine Umkehrung der Beweislast: Argumente musste nicht haben, wer ging, sondern wer blieb.

Um dem Schmerz zu entgehen oder ihn wenigstens zu lindern, neigten wir dazu, unser Bleiben in der DDR moralisch zu überhöhen. Bleiben zeugte in unseren Augen von Stärke, von Verantwortungsbewusstsein und Standhaftigkeit, wohingegen Weggehen das Zeichen von Schwäche, ja von Egoismus war. Wir merkten nicht einmal, wie selbstgerecht wir uns den „Ausreisern“ gegenüber verhielten, die doch nichts anderes getan hatten, als jene Rechte für sich in Anspruch zu nehmen, für die wir uns seit Jahren und nicht ohne Gefährdungen einsetzten.

Am Thema Ausreise wird beispielhaft klar, welche neurotisierende Wirkung geschlossene Gesellschaften haben können – selbst auf jene Teile der Bevölkerung, die sich von den politischen Verhältnissen distanzieren.

Im Unterschied beispielsweise zu Solidarnoc oder zur Charta 77 konnten die Oppositionellen der DDR nie für sich in Anspruch nehmen, für die Mehrheit der Bevölkerung zu sprechen oder zu handeln. Einer der Hauptgründe lag in der millionenfachen Abwanderung von Menschen, die das demokratische Deutschland dem Leben in der DDR vorzogen, anstatt im Lande zu bleiben und zu opponieren.

Für einen kurzen Moment der Geschichte, in dem die Mehrheit der DDR-Bürger sich einig darin war, dass sie den real existierenden Sozialismus satt hatte, waren sich DDR-Opposition und Bevölkerung so nah wie nie zuvor. Doch nach diesem Intermezzo von 1989, in dem die Oppositionellen zweifellos eine bedeutsame Rolle spielten, waren sie im Frühjahr 1990 wieder zu einer kleinen und wenig einflussreichen Minderheit geworden.

Dabei könnte man es bewenden lassen. Doch mancher Vorschlag und manche Warnung, die damals zu hören waren, hatten durchaus auch ihre Berechtigung.

Wege zur Einheit

Zum Zeitplan der deutschen Einheit allerdings gab es keine Alternative. Die Ostdeutschen wollten weder eine erneuerte DDR, noch waren sie willens, lange Übergangszeiten zu akzeptieren. Längst hatten

auch die Vertreter der DDR-Bürgerbewegungen ihr Ja-Wort zur Einheit gegeben.

Aber sollte der Erfolg der letzten Monate, sollte das endlich erwachte bürgerliche Selbstbewusstsein zu nichts anderem taugen als zum Treibstoff für die schnelle Fahrt in die Einheit? Nein, meinten wir, dafür waren wir nicht auf die Straße gegangen. „Kein Anschluss unter dieser Nummer“, war unser Kommentar zum Artikel 23 des Grundgesetzes, auf dessen Grundlage die Volkskammer den Beitritt zum 3. Oktober 1990 beschloss. In der gleichen aufrechten Haltung, mit der wir die Diktatur abgeschüttelt hatten, wollten wir auch in das gemeinsame Deutschland gehen.

Der Idee des Beitritts fehlte es in unseren Augen dagegen an Würde. Wir plädierten für die Wahl einer gemeinsamen verfassungsgebenden Versammlung und dafür, dass sich das deutsche Volk, Artikel 146 des Grundgesetzes folgend, in allgemeiner Abstimmung eine eigene Verfassung gibt.

Auch wollten wir nicht mit leeren Händen im vereinten Deutschland ankommen. Das meint nicht, dass vermeintliche Errungenschaften der DDR in das vereinigte Deutschland hinüberzuretten gewesen wären. Vielmehr war der beachtliche Reformstau, in dem sich die Bundesrepublik Ende der 80er Jahre befand, durch die deutsche Frage zwar in den Hintergrund getreten. Spürbar war er dennoch. Und der Vereinigungsprozess bot durchaus eine viel versprechende Möglichkeit, diesem Stau zu Leibe zu rücken und überfällige Reformen anzugehen. Darauf ist leider verzichtet worden. Nicht nur, dass es den deutsch-deutschen Befindlichkeiten gut getan hätte, wenn den Westdeutschen durch die deutsche Einheit nicht nur Kosten entstanden wären, sondern wenn sie erlebt hätten, dass durch sie spürbare politische Entwicklung in Gang gesetzt worden wäre. Ich bin auch davon überzeugt, dass wir es heute, 15 Jahre später, hinsichtlich notwendiger Reformen im Land vielleicht etwas leichter hätten.

15 Jahre Einheit

Nein, es gibt dennoch keinen Anlass für Jammerei und schon gar nicht für Nostalgie. Doch sollten wir uns hüten, die etwas nachdenklicheren Stimmen und Kommentare zu überhören, wenn wir in drei Monaten den 15. Jahrestag der Deutschen Einheit feiern. Wir können uns das leisten, denn wir haben weiß Gott allen Grund, mit Genugtuung und Freude auf Erfolge und Wandlungen zu verweisen, am sichtbarsten wohl in den Städten: Die äußeren Zeichen des realsozialistischen Verfalls verschwinden allmählich von der Bildfläche. Auch die Natur erholt sich langsam: Erst vor zwei Wochen schwamm ich in einem sauberen See in Brandenburg, in dem es vor 15 Jahren noch streng verboten war zu baden. Wichtiger aber sind wohl die Selbstverständlichkeiten einer demokratischen und offenen Gesellschaft, die von den Ostdeutschen, insbesondere von der jüngeren Generation, inzwischen mit großer Selbstverständlichkeit in Anspruch genommen werden.

Andere, weniger sichtbare Schäden der Diktatur lassen sich nicht durch Baumaßnahmen beseitigen und werden noch lange spürbar sein. Wenn es in einem Land nicht nur vierzig Jahre lang, sondern während zweier Diktaturen, also über ein halbes Jahrhundert keine kritische Öffentlichkeit, keine freien Medien gegeben hat; wenn aus den Schulen, aus den Universitäten das freie Wort verbannt war; wenn bürgerliches Selbstbewusstsein, Freiheitswille, Unternehmergeist, Selbstorganisation und Meinungsvielfalt bekämpft werden; wenn Religion diskriminiert und Pluralität unterdrückt wird: Dann entstehen Schäden, die generationenlang spürbar sein werden. Für die allmähliche Heilung dieser Schäden braucht es nicht nur Geduld, sondern Anstrengung und Aufklärung.

Aufarbeitung

Ohne jede Übertreibung lässt sich davon sprechen, dass die Anstrengungen, die für die Aufarbeitung der SED-Diktatur aufgewendet wurden, zu den Erfolgsgeschichten der Deutschen Einheit gehören. Dies lässt sich keineswegs auf das Thema „Stasi“ beschränken. Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, die Stiftung zur

Aufarbeitung der SED-Diktatur und zahlreiche private Archive und Aufarbeitungsinitiativen zeugen davon – ebenso natürlich wie die Stasiunterlagen-Behörde.

Nach dem Zerfall einer Diktatur stellt sich in allen Gesellschaften die Frage, wie mit den Opfern und mit den Tätern umgegangen wird, wie Schäden beseitigt und Verantwortungen geklärt werden. Im Vordergrund steht unbestritten der Wunsch, Gerechtigkeit herzustellen. Dazu gehören Regelungen zur Rehabilitierung und Entschädigung, zur strafrechtlichen Aufarbeitung und zur personellen Erneuerung.

Auch die Rekonstruktion des Geschehenen ist von großer Bedeutung. Zumeist jedoch werden all diese Fragen verdrängt oder unterdrückt, manchmal jahrelang, manchmal jahrzehntelang. Manchmal werden die Antworten erst von der nächsten oder übernächsten Generation gestellt. Wir kennen das aus den Jahren nach 1945 oder aus anderen Ländern. Die Spanier fangen jetzt an, die Franco-Diktatur aufzuarbeiten.

Öffnung der Stasiunterlagen

Der Wunsch nach Gerechtigkeit stand auch am Anfang der Stasiunterlagenbehörde. Ihre Geschichte begann ebenfalls vor 15 Jahren:

Zu den vielen Themen und Forderungen der Demonstranten im Herbst 1989 gehörte die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit. „Stasi in die Produktion“, skandierten die Demonstranten, nicht ahnend, dass in der Produktion gar nicht genug Platz für all die Stasifunktionäre sein würde. Als alle Zeichen darauf hindeuteten, dass in den Gebäuden des MfS damit begonnen worden war, Material zu vernichten, wurden die Dienststellen des MfS nach und nach besetzt. Den Anfang machten die Erfurter – Erfurterinnen muss ich diesem Fall sagen, denn es handelte sich ausschließlich um Frauen – am Vormittag des 4. Dezember 1989. Sie besetzten die Bezirkszentrale des Ministeriums für Staatssicherheit. Am Nachmittag folgte Dresden. Viele andere Städte und Kreise der DDR kamen hinzu. Am 15. Januar 1990 schließlich, einem weiteren wichtigen Datum dieses Jahres, wurde das Ministerium für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg besetzt. Dass war

unerhört. Die Geheimpolizei einer Diktatur wurde vom Volk entmachtet – ohne dass ein einziger Schuss fiel. Die politische Führung der DDR hatte zu diesem Zeitpunkt längst von dem Gedanken Abschied genommen, das Volk in die Knie zu zwingen und suchte am Runden Tisch für sich zu retten, was zu retten war. Mut brauchten die Männer und Frauen, die in die verbotenen Gebäude eindrangten, dennoch: Wer hätte garantieren können, dass nicht einer der gut bewaffneten Offiziere die Nerven verlor und sich gegen die Eindringlinge wehrte?

Der 15. Januar 1990 bleibt als der Tag im Gedächtnis, an dem die DDR-Bürger und Bürgerinnen endlich begriffen: Die Macht der SED, die SED-Diktatur hat ein sichtbares Ende gefunden; denn ohne ihr wichtigstes Machtinstrument konnte auch die SED nichts mehr ausrichten. Von diesem Zeitpunkt an gab es Diskussionen darüber, was denn eigentlich mit den Unterlagen der Staatssicherheit geschehen solle. Manche Stimmen verlangten öffentlich, dieses Materialien planmäßig zu vernichten. Das Argument war, das seien die Erzeugnisse von Verbrechern, die, wenn wir sie aufheben, nur noch mehr Schaden anrichten werden. Die große Mehrheit war aber der Meinung, dass die Vernichtung nicht in Frage komme. Dafür sprachen damals vor allem drei Argumente:

Erstens brauchten die Opfer der Staatssicherheit die Akten, um ihr Schicksal zu rekonstruieren, sich Recht zu verschaffen und um ihre Rehabilitierung zu kämpfen. Das zweite Argument war, dass die Akten erforderlich sind, um Fragen nach Verantwortung und Schuld zu beantworten. Und drittens würden wir diese Akten brauchen, um verstehen zu lernen, wie dieser Apparat funktioniert hat. In diesen ersten Argumenten für die Aufbewahrung der Unterlagen sind zugleich die Hauptverwendungszwecke skizziert worden, die auch heute vom Stasiunterlagengesetz für diese Akten vorgesehen sind. Doch bis es so weit war, gab es noch eine ganze Menge zu tun.

Vom Volkskammergesetz zum Stasiunterlagengesetz

Am 24. August 1990 verabschiedete die Volkskammer, das Parlament der Ostdeutschen, ein erstes Stasiunterlagengesetz. Einstimmig. Doch dann lag der Entwurf des Einigungsvertrages auf dem Tisch, und darin war vom Stasiunterlagengesetz keine Rede. Das konnte nur eines heißen: Die beiden verhandlungsführenden Regierungen, die Regierung Helmut Kohl und die Regierung de Maiziere, wollten, dass vom 3. Oktober 1990 an auch für die Stasiakten bundesdeutsches Recht galt, und das hieß „Bundesarchiv“ mit den dazugehörigen Sperrfristen. Sie können sich vorstellen, dass die Menschen, die gerade so stolz waren, die Stasidiensstellen besetzt zu haben und das Stasigesetz verabschiedet zu haben, damit nicht einverstanden waren. So kam es zu einer zweiten Besetzung im Spätsommer 1990, mit der ein erheblicher öffentlicher Druck erzeugt wurde. Dies versetzte die Parlamentarier in die Lage, die beiden Regierungen dazu zu veranlassen, eine Zusatzpassage in den Einigungsvertrag aufzunehmen, nach der der erste Gesamtdeutsche Bundestag veranlasst wurde, ein Gesetz zu verabschieden, das die Intentionen dieses ersten Stasiunterlagengesetzes aufnahm.

Das ist dann auch geschehen. Ende 1991 hat der Deutsche Bundestag das noch heute geltende Stasiunterlagengesetz verabschiedet. Ein Gesetz, für das es kein Vorbild gab. Es war ja historisch und weltweit noch nie vorgekommen, dass man die Hinterlassenschaft eines Geheimdienstes einer Diktatur nicht nur vor der Vernichtung bewahrt hatte, sondern auch noch zur Nutzung freigeben wollte. Außerdem galt es, in diesem Stasiunterlagengesetz wichtige Traditionen zu verbinden. Wir aus der DDR hatten nur einen Wunsch: Schränke auf, Türen auf. Safes auf, Herrschaftswissen enteignen, alles muss ans Tageslicht, damit es seine Macht über uns verliert. In den 80er Jahren gab es in der Bundesrepublik aber eine ganz andere Debatte, ebenso mit einem demokratischen und einem emanzipatorischen Ansatz, die Datenschutzdebatte. Für die informationelle Selbstbestimmung, gegen den gläsernen Menschen – aus gutem Grund. Nun ist es nicht ganz einfach, solche Debatten, die in einer gewissen Spannung zueinander stehen, in einem Gesetz zusammenzufügen. Die Praxis zeigt bis heute, dass das Stasi-

unterlagengesetz dafür vernünftige Lösungen entwickelt hat. Mit der Verabschiedung des Stasiunterlagengesetzes war der Weg frei zum Aufbau der Behörde, die ich persönlich weder „Gauck-“ noch „Birthler-“ sondern „Stasiunterlagenbehörde“ nenne. Zugegebenermaßen ist die korrekte ausführliche Bezeichnung niemandem zumutbar.

Durch die Rettung der MfS-Archive vor der Vernichtung und die Öffnung der Akten konnten wichtige Beweise gesichert und dokumentiert werden. Ehemalig politische Häftlinge kamen endlich an die Unterlagen heran, mit denen sie beweisen konnten, warum sie eingesperrt waren und dass ihnen Unrecht geschehen war.

Auch Zersetzungsmaßnahmen waren ohne Stasi-Unterlagen nicht nachvollziehbar. Menschen, die Zersetzungsmaßnahmen ausgesetzt waren, mit denen sie psychisch, sozial, beruflich oder familiär zerstört werden sollten, waren doppelt gestraft. Zum einen durch die Zersetzungsmaßnahmen selbst, zum anderen, weil sie das, was ihnen geschah, nicht als Terror des MfS identifizieren konnten.

Etwa eineinhalb Millionen Menschen haben in den zurückliegenden 15 Jahren die Frage nach den „eigenen“ Akten gestellt. Hunderttausende Menschen haben Einsicht in ihre eigene Akte genommen, haben Aufschluss darüber erhalten, wie die Stasi versucht hat, ihr Leben auszuspähen und ihr Schicksal zu beeinflussen. Viele haben Enttäuschungen erlebt, andere waren froh, ihren Verdacht nicht bestätigt zu sehen. Und nicht wenige erfuhren Genugtuung dadurch, dass sie endlich den Nachweis führen konnten, dass ihnen Unrecht geschehen ist.

Dieses Wissen hat den Menschen Souveränität zurückgegeben, hat sie in die Lage versetzt, selber zu entscheiden, wie sie mit diesen Wahrheiten umgehen. Von Racheakten und Vergeltungsschlägen, vor denen bei der Debatte um das Stasiunterlagengesetz eindringlich gewarnt worden war, ist nichts bekannt geworden.

Ganz offensichtlich gehen Menschen sehr viel besonnener und erwachsener mit der Wahrheit um, als ihnen manche Politiker zutrauen. Die Nachfrage nach dieser Art der Aktennutzung, also nach der persönlichen Einsicht, ist bis heute groß. Es gehen immer noch

Monat für Monat in unserer Behörde 7–8000 Anträge auf Akteneinsicht ein.

Ein anderer Zweck, die Akten zu verwenden, ist eher amtlicher Natur. Unterlagen werden verwendet für Rentenangelegenheiten, für Ermittlungsverfahren, für Strafverfahren, für Eigentumsstreitigkeiten; vor allen Dingen aber auch im Zusammenhang mit Überprüfungen auf frühere Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst im öffentlichen Dienst. Hintergrund dieser Möglichkeit war es, dass das Vertrauen in öffentliche Institutionen wieder wachsen sollte. Eltern z.B. wollten sicher sein, dass ihre Kinder nicht von ehemaligen Mitarbeitern der Stasi unterrichtet würden. Es gab daneben aber auch ein rechtsstaatliches Interesse an diesen Überprüfungen, denn wir alle wollen sicher sein, dass Personal im öffentlichen Dienst nicht erpressbar ist. Wer ein dunkles Stück Vergangenheit zu verbergen versucht, ist leichte Beute in den Händen derer, die aus diesem Wissen Kapital schlagen wollen. Die Überprüfung von Personal im öffentlichen Dienst, die nicht von meiner Behörde vorgenommen wird, sondern von den Institutionen, die diese Personen beschäftigen, ist die einzige Aufgabe nach dem Stasiunterlagengesetz, die zeitlich befristet ist. Sie wird 2006 auslaufen.

Ein dritter Verwendungszweck der Stasiunterlagen ist der gesetzliche Auftrag, die Tätigkeit, die Struktur, die Wirkungsweise des Ministeriums für Staatssicherheit aufzuklären und die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten. Damit haben wir den Auftrag, die historische, politische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes zu fördern

Dabei ging es dem Gesetzgeber weniger darum, mit Hilfe der Behörde wünschenswerte allgemeine Geschichtskennntnisse über die DDR zu vermitteln. Vielmehr sollten die Herrschaftsmechanismen der zweiten deutschen Diktatur sichtbar werden – im Bewusstsein der Tatsache, dass dem Ministerium für Staatssicherheit eine Schlüsselrolle bei der Sicherung der Macht der SED zukam. Die Bedeutung dieses Wissens ist kaum zu unterschätzen.

Jorge Semprun sagte vor über zwei Jahren am 27. Januar 2003 im Deutschen Bundestag:

Deutschland ist das einzige Land Westeuropas, das die Erfahrungen beider Totalitarismen gehabt hat, genau wie die mittel- und osteuropäischen Länder der heutigen Erweiterung. Darum kann kein Land Europas besser als Deutschland diese komplexe, widersprüchliche, reiche und tragische Erfahrung sich verständlich machen, um davon zu lernen, nicht nur auf der Ebene des akademischen Wissens, auch auf der Ebene der Praxis und der Zukunftsplanung.

Verstehen, wie Diktaturen funktionieren

Die Geheimpolizei hat in allen Diktaturen eine bestimmte Funktion. So verschieden Diktaturen auch sind, sie alle brauchen einen Apparat, der wirkliche und vermeintliche Gegner verfolgt und für ein allgemeines Klima von ‚überwacht werden‘ und Verunsicherung sorgt.

Es wäre eine verkürzte Sicht, wenn man die zerstörerische Wirkung des MfS nur in der direkten Verfolgung von Menschen, in Überwachung und Repression sehen würde. Mindestens so fatal war die beabsichtigte Wirkung auf die Gesamtbevölkerung. Ihre Aufgabe war es auch, dafür zu sorgen, dass Millionen Menschen „parierten“ und nicht aufmuckten, wenn ihnen etwas nicht passte. Für diesen Stoff, der zur allgemeinen Verunsicherung beitrug, war die Staatsicherheit verantwortlich. Insofern gibt es durchaus Analogien zwischen allen Diktaturen, weil Unsicherheit und Angst der Bevölkerung überall nötig ist, wo Macht nicht demokratisch legitimiert ist. Es galt, ein Klima von Misstrauen zu schaffen und Menschen das Gefühl zu geben, sie seien irgendwie immer schuldig, weil sie das Falsche denken oder das Falsche tun.

Den daraus entstehenden nachhaltigen Schaden für die öffentliche und politische Kultur einer Gesellschaft, den diffusen Gefühlen von Misstrauen und Schuld, lässt sich nur mit größtmöglicher Offenheit und Klarheit entgegenwirken.

Das Aufarbeitungs- und Forschungsinteresse ist aber nicht nur auf die Mechanismen der Macht und der Repression gerichtet. Ebenso von Bedeutung ist es, wie der Alltag unter den Bedingungen einer Diktatur aussieht, wie Menschen sich anpassen oder Freiräume nutzten, wie die

einen zu Verrätern wurden und andere die Kooperation mit dem MfS verweigerten oder mutig widerstanden.

Die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit bilden für alle diese Fragen eine unverzichtbare und manchmal sogar die einzige Quelle. Wie jede andere historische Quelle müssen wir selbstverständlich auch die Stasiakten kritisch nutzen, auch stehen vorläufig noch vielen Untersuchungen datenschutzrechtliche Gründe entgegen.

Wenn wir verstehen wollen, wie Diktaturen funktionieren, dann müssen wir freilich nicht nur ihre martialische Seite anschauen, sondern auch ihre verführerische, faszinierende Seite kennen lernen: Ordnung, Sicherheit, Rundum-Fürsorge, sozialer Ausgleich, wenig Verantwortung und damit auch wenig Risiko, einen Fehler zu machen, keine zeitraubenden und nervenaufreibenden politischen Debatten – das ist für viele Menschen verlockend. Oh ja, Diktaturen haben für nicht wenige Menschen durchaus etwas Attraktives und Verführerisches. Und manchmal bieten sie viel Sicherheit, weniger Kriminalität, vielleicht sogar garantiert bezahlbare Wohnungen und Vollbeschäftigung. Dass eine solche Versorgungs-Diktatur mit dem Verlust von Freiheit bezahlt werden muss, wird von mehr Menschen hingenommen, als uns lieb sein kann.

Die Macht der Vergangenheit

Die Art und Weise, wie wir in Deutschland die SED-Diktatur aufarbeiten, hat natürlich nicht nur Freunde. Es gibt zahlreiche Widerstände dagegen, keineswegs nur bei denen, die ein persönliches Interesse daran haben, dass ihre Vergangenheit im Dunkeln bleibt.

Es gibt auch die Anderen, die meinen, es würde uns nicht gut tun, wenn wir uns allzu intensiv mit der Vergangenheit beschäftigen. Die Gesellschaft, fürchten sie, könnte gespalten werden, der innere Frieden wäre gefährdet, und die Energien, die für die Beschäftigung mit der Vergangenheit aufgewendet werden, könnten der Aufbauarbeit verloren gehen. Diese Argumente sind alle auch aus der Zeit nach 1945 bekannt.

Doch liegt diesen Verdrängungswünschen ein Menschenbild zugrunde, das höchst fatale Wirkungen haben kann.

Meistens ist es uns ja gar nicht bewusst, aber manchmal wird es doch spürbar, in einer Erinnerung, einem Gefühl, einem Geruch, manchmal in einem unbewusst übernommenen Urteil oder in einer Redewendung, in einem Tonfall. Wir sind umgeben, durchsetzt und durchtränkt mit Vergangenheit, mit Geschichten, wir bestehen aus Geschichten und Geschichte. Und damit heißt, die Vergangenheit zu verleugnen immer auch, sich selbst zu verleugnen. Die Vergangenheit zu verachten, heißt immer auch, sich selbst zu verachten.

Es gibt deshalb einen engen Zusammenhang zwischen Lebenskultur und Erinnerungskultur. Und so vielfältig wie ihre Kultur ist auch die Art und Weise der Menschen, mit ihrer Geschichte umzugehen: Menschen erinnern sich, erzählen, trauern, empfinden Scham, erklären, beichten, forschen, beweinen, streiten, führen Tagebuch, schreiben Memoiren, erfinden Heldenlegenden und Befreiungsmythen, pflegen Archive, machen eine Therapie, benennen Straßen um und setzen Gedenktage fest.

Wie arm nimmt sich daneben der Begriff „Vergangenheitsbewältigung“ aus! Er macht die Vergangenheit zu einer Art von Feind, gegen den man siegen muss, damit er endlich klein und unbedeutend wird und bestenfalls in die Vitrine der Geschichte, noch besser aber im Müllimer der Geschichte landet – wo er nach Meinung nicht weniger auch hingehört.

Selbst-Bewusstsein schließt also die eigene Geschichte, die eigenen Geschichten immer ein. Das gilt für Individuen ebenso wie für Gesellschaften. Die Mächtigen aller Zeiten wussten im Übrigen, welche Bedeutung es hat, auf welche Vergangenheit sich eine Gesellschaft bezieht, wie sie bewertet wird, mit welchen Begrifflichkeiten ein Ereignis, eine Epoche in das kollektive Gedächtnis eingeht.

Die Definition des Vergangenen kann große Kraft entfalten. Es ist durchaus von Belang, dass die Ostdeutschen stolz darauf sein können, dass mutige Männer und Frauen bereits 1953 gegen das SED-Regime aufbegehrt haben. Es ist auch nicht unwichtig, ob uns 36 Jahre später,

im Herbst 1989, eine *demokratische Revolution* gelungen ist oder einfach nur eine *Wende* stattgefunden hat. Das Wort stammt übrigens von Egon Krenz. Es macht politisch einen Unterschied, ob ostdeutsche Stimmen in dieser Bundesrepublik die von „Beigetreteten“ sind oder von Menschen, die sich selbst befreit haben und stolz darauf sind. Wolf Biermann hat es in einem seiner Lieder auf den Punkt gebracht: „Die Zukunft wird entschieden im Streit um die Vergangenheit“.

Die Ostdeutschen – kein Volk von Spitzeln

Aufklärung zum Thema DDR bedeutet nicht nur Vermittlung von Fakten, sondern immer auch den Transfer von Bildern und Deutungen – ein mit Blick auf das Thema DDR nach wie vor höchst explosiver Stoff. Sie werden keinen PDS-Politiker hören, der von der DDR als der „zweiten deutsche Diktatur“ spricht. Nicht wenige fürchten außerdem, die Akten würden die Menschen, die in der DDR gelebt haben, beschädigen, beschämen oder herabsetzen. Doch das Gegenteil ist richtig: Die Akten beweisen, dass wir kein Volk von Spitzeln und Verrätern waren und dass die meisten, auch wenn sie im Alltag anpassungsbereit waren, bestimmte Schamgrenzen respektierten und sich weigerten, ihre Mitmenschen zu bespitzeln. Gelegentlich lasse ich meine Zuhörer schätzen, was sie meinen, wie viel Prozent der DDR-Bevölkerung zum Ende der DDR entweder hauptamtlich oder nebenamtlich – das Wort „ehrenamtlich“ verbietet sich hier – für die Stasi gearbeitet haben. Und manchmal liegen diese Schätzungen bei 30, 40, 50%, und die Überraschung ist groß, wenn ich die Zahl nenne: es waren weniger als 2%. Natürlich muss man sich fragen, woher solche Fehleinschätzung kommt. Meiner Meinung nach kommt sie daher, dass viele, auch prominente IM, sich damit zu verteidigen suchen, dass sie den Eindruck erwecken, für die Stasi gearbeitet zu haben, sei normal gewesen unter den Bedingungen der DDR. Glauben Sie solche Sätze nie! Die DDR-Bürger haben sich geweigert, mit der Stasi zusammenzuarbeiten. Die meisten auch dann, wenn die Stasi auf sie zugekommen ist und ihnen die Zusammenarbeit nahe gelegt hat.

Nehmen wir dann noch hinzu, dass es den Ostdeutschen gelang, die Hinterlassenschaft des MfS vor der Vernichtung zu bewahren und durchzusetzen, dass sie nicht für Jahrzehnte weggeschlossen werden, sondern genutzt werden können, so haben wir allen Grund, angesichts der Archive, die von meiner Behörde verwaltet werden, Genugtuung zu empfinden und sie auch als eine Leistung des vereinten Deutschlands zu werten.

WAS wir in den Akten lesen, ist oft bedrückend. DASS wir die Akten lesen können, ist ein wahrhaft historischer Erfolg und geeignet, das angeknackste Selbstbewusstsein der Ostdeutschen zu stärken.

Erinnerungskultur

Wenn wir uns also 15 Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur noch so ausführlich mit ihr befassen, sind die Begriffe „Aufarbeitung“ oder gar „Bewältigung“ keine hinreichende Beschreibung für das, was wir nötig haben. Es geht vielmehr um eine Erinnerungs-Kultur, um einen Prozess, der den ganzen Menschen betrifft, eigentlich um eine zivilisatorische Leistung.

Deshalb bedeutet Leben mit der Vergangenheit mehr als die Aneignung von Wissen. Dazu gehören auch Begegnung und Gefühl, das Betrauern von Schuld und Schmerz, das Besingen von Mut und Anstand, der Streit um die Bedeutung von Ereignissen, die Mühe des Ringens um die Wahrheit, die Konfrontation, das Zuhören und manchmal das Schweigen.

„Mach es wie die Sonnenuhr, zähl' die heit'ren Stunden nur“ – dieser Spruch taugt nicht, wenn es um unsere Vergangenheit geht. Nur wenn es uns gelingt, auch die Schattenseiten unserer Geschichte zu integrieren und nicht auszusperren, nur dann werden wir die Freiheit gewinnen, uns auch auf die positiven Traditionen zu beziehen und sie zu nutzen

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Bertha Benz-Vorlesungen

zwischen 1987 und 1990 gehalten in den Universitäten Heidelberg und Mannheim, seit Juni 1990 in Ladenburg.

Prof. Dr. Hanna Holborn Gray, Präsidentin der University of Chicago (1987)
„Educational Diversity and the Unity of Learning“

Prof. Dr. Brigitte Rollett, Psych. Institut der Universität Wien (1988)
„Neue Forschungen zum Problem der Entwicklung der Begabung“

Prof. Dr. Karin Mölling, MPI für Molekulare Genetik Berlin (1988)
„Retroviren in der Krebs- und AIDS-Forschung“

Prof. Dr. Hanna Vollrath, Universität Köln (1989)
„Christliches Abendland und archaische Stammeskultur –
Zu einer Standortbestimmung des früheren Mittelalters“

Priv.-Doz. Dr. Marlis Buchmann, Soziologisches Institut
der Universität Zürich (1989)
„Tendenzen zeitgenössischer Kulturpraxis – Bedürfnisse
kultureller Selbstdarstellung im sozialen Wandel“

Prof. Dr. Lerke Osterloh, Universität Trier (1990)
„Sport, Spaß und Allgemeinwohl – Zum Streit um das steuerliche Gemeinnützigkeits-
und Spendenrecht“

Birgit Breuel, Niedersächsische Ministerin der Finanzen (1991)
„Europa im Umbruch. Perspektiven einer Unternehmenssteuerreform“

Helga Steeg, Exekutivdirektor der Internationalen Energie-Agentur,
Paris (1991)
„Herausforderungen an die Energiepolitik aus internationaler Sicht“

Dr. Angela Merkel, Bundesministerin für Frauen und Jugend (1992)
„Der Aufbau in den neuen Bundesländern – Frauen und Jugendliche
in einer Zeit des Umbruchs“

Prof. Dr. Jutta Limbach, Senatorin für Justiz des Landes Berlin (1993)
„Politische Justiz“

Dr. Karin Lochte, Alfred Wegener Institut für Polar- und Meeresforschung,
Bremerhaven (1994)
„Die Bedeutung des Südpolarmeeres für globale Klimaprozesse:
Biologische Stoffkreisläufe“

Gisela Mahlmann, ZDF-Korrespondentin, Baden-Baden (1995)
„Von Marx über Mao zum Markt: China – zwischen Armenhaus
und Goldküste“

Dr. Brigitte Seebacher-Brandt, Deutsche Bank AG, Frankfurt (1996)
„Zufall und Notwendigkeit. Wie es zur deutschen Einheit kam.“

Heidi E. Hutter, Swiss Reinsurance America Corporation, New York (1997)
„Globalisierung der Rückversicherungswelt – Zum finanziellen Umgang
mit großen Risiken“

Prof. Dr. Helga Rübsamen-Waigmann, Bayer AG, Wuppertal (1998)
„Alte und neue Seuchen im Zeitalter des Massentourismus“

Klaudia Martini, Staatsministerin für Umwelt und Forsten
des Landes Rheinland-Pfalz (1999)
„Mut zum Risiko. Risikoentscheidungen als Entwicklungsbedingung moderner
Gesellschaften“

Dr. Barbara Bludau, Generalsekretärin der Max-Planck-Gesellschaft, München (2000)
„Technologietransfer – vom Wissen zum Wohlstand“

Dr. Helga Gräfin von Strachwitz, Afrika-Beauftragte des Auswärtigen Amtes (2001)
„Afrikas dorniger Weg in die Moderne“

Heike Schmoll, Redakteurin der Frankfurter Allgemeine Zeitung für Bildungspolitik,
evangelische Theologie und Ökumene (2002)
„Die Schwächen des deutschen Bildungssystems. Was läßt sich vom PISA-Sieger
Finnland lernen?“

Prof. Dr. Gudrun Krämer, Islamwissenschaftlerin
an der Freien Universität Berlin (2003)
„Islam, Menschenrechte und Demokratie: Anmerkungen zu einem schwierigen
Verhältnis.“

Prof. Dr. Angela Friederici, Neuropsychologin
am Max-Planck-Institut für Kognitions- und Neurowissenschaften
„Wie der Mensch Sprache versteht: Einblicke ins Gehirn.“

Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
„15 Jahre deutsche Einheit – 15 Jahre Erinnerung an die SED-Diktatur“

Die für den Druck überarbeiteten Vorlesungen sind zu erhalten bei:
Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung
Dr.-Carl-Benz-Platz 2, 68526 Ladenburg,
Tel.: 06203-1092-0; Fax: 06203-1092-5;
E-Mail: info@daimler-benz-stiftung.de

Die Bertha Benz-Vorlesung

Durch ihr selbstbewusstes Auftreten und ihre energische Anteilnahme an den Erfindungen ihres Ehemannes avancierte Bertha Benz zu einer Pionierin der Technik – ein Gebiet, zu dem Frauen ihrer Zeit üblicherweise keinen Zugang hatten. Im August 1888 fuhr sie mit dem Patent-Motorwagen von Karl Benz von Mannheim nach Pforzheim und bewies so erstmals die Tauglichkeit des Automobils für Fernfahrten.

Die Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung erinnert mit der Vortragsreihe an diese tatkräftige Frau und würdigt die Bedeutung von Frauen in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Als Vortragende sprechen Frauen aus verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens zu Themen ihrer Wahl.

Die Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung

fördert Wissenschaft und Forschung zur Klärung der Wechselbeziehungen zwischen Mensch, Umwelt und Technik, vor allem durch

- interdisziplinäre wissenschaftliche Diskussionen wichtiger Grundsatzfragen im „Ladenburger Diskurs“
- die vertiefte wissenschaftliche Bearbeitung von Schwerpunktthemen in multidisziplinär zusammengesetzten Arbeitskreisen (Ladenburger Kollegs)
- Nachwuchsförderung für junge Wissenschaftler (bis zur Promotion) mit einem Stipendienprogramm „Forschungsarbeit im Ausland“